

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Christian Hierneis

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Martin Wagle

Abg. Benno Zierer

Abg. Florian von Brunn

Abg. Christoph Skutella

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian

Hierneis u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kommunen hochwassersicherer und hitzeresilienter machen - blaue und grüne Infrastruktur fördern, Klimaanpassung unterstützen (Drs. 18/17440)

Ich gebe bekannt, dass hierzu namentliche Abstimmung beantragt wurde.

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit beträgt 32 Minuten. – Erster Redner ist Kollege Christian Hierneis, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte.

Christian Hierneis (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ja, Corona hat uns fest im Griff. Corona fordert unsere ganze Aufmerksamkeit. Corona ist eine Katastrophe. Darüber dürfen wir andere – drohende – Katastrophen nicht vergessen. Da aber genau das gerade passiert, wollen wir Sie mit diesem Antrag daran erinnern.

Die Katastrophen im Ahrtal, in Simbach und an vielen anderen Orten sollten uns eigentlich Mahnung sein und uns schnell zum Handeln bringen, um solche Katastrophen in Zukunft zu vermeiden; denn so etwas kann immer und überall wieder passieren.

Neben diesen Wasserkatastrophen drohen uns immer häufiger andere, ebenfalls durch den Klimawandel bedingte Katastrophen: Trockenperioden, die die Landwirtschaft und unsere Trinkwasserversorgung vor größte Probleme stellen, oder Hitzewellen, die in unseren dicht bebauten Städten, unseren Hitzeinseln, Zigtausende Menschenleben kosten.

Wir dachten eigentlich, Sie hätten das verstanden und würden handeln. Weit gefehlt!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Beschluss vom März neben vielem anderen auch gesagt, dass der Staat alles dafür zu tun hat, dass Umweltbelastungen und die Folgen des Klimawandels abgemildert werden, und alles zu unterlassen hat, was Umweltbelastungen und die Folgen des Klimawandels verstärkt. Das Bundesverfassungsgericht zählt sogar wörtlich auf, welche Maßnahmen dazu gehören: die Freihaltung von Bebauung, die Reduzierung der Inanspruchnahme von Freiflächen für Siedlung und Infrastruktur, der Erhalt von Frischluftschneisen, Rückbau und Entsiegelung oder die Renaturierung und Aufforstung geeigneter Flächen. – Das sind Zitate aus dem Beschluss.

Dieser Beschluss wird übrigens Auswirkungen auf Bundes- und Landesrecht sowie auf die kommunale Bauleitplanung haben; denn alle genannten Punkte sind jetzt erhebliche Abwägungsbelange bei allen Vorhaben, also auch bei kommunalen Vorhaben.

Auch die von Ihnen beauftragte Expertenkommission Wasser hat einiges davon genauso in ihren Abschlussbericht "Wasserversorgung in Bayern" geschrieben, zum Beispiel: die Speicherfähigkeit der bayerischen Landschaft wiederherstellen, die Ökosystemfunktionen von Fließgewässern und Seen bewahren und wiederherstellen, klimaresiliente Siedlungen durch eine grüne und blaue Infrastruktur schaffen. – Fast genauso lautet ja auch der Titel unseres Antrags, nur dass wir unseren Antrag schon vor der Vorstellung des Expertenberichts geschrieben hatten; wir sind also der gleichen Meinung.

Dieser Bericht scheint aber, wie üblich, in einer Schublade zu verschwinden und vergessen zu werden. Deshalb fordern wir Sie mit unserem Antrag auf, zum Schutz der Menschen – in Umsetzung des Bundesverfassungsgerichtsbeschlusses und des Expertenberichts – und für die Zukunft unserer Kommunen folgende Punkte endlich intensiv zu fördern und die Kommunen dazu intensiv zu beraten:

Wir brauchen ökologischen Hochwasserschutz in der Fläche; dann müssten wir uns übrigens auch weniger über die Polder unterhalten. Wir brauchen ein umfassendes Sturzflutrisikomanagement, genauso ein Wasser- und Grundwassermanagement. Wir müssen für ganz Bayern Grundwassermodelle erstellen und brauchen die Etablierung einer umfassenden grünen und blauen Infrastruktur in den Kommunen. Dazu gehören zum Beispiel Entsiegelungsmaßnahmen sowie der Schutz, die Erweiterung und die Neuanlage von Versickerungsflächen. Wir brauchen ganz grundsätzlich Schwammstädte und Schwammlandschaften.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen den Erhalt und die Erweiterung von Grünzügen sowie Biotopvernetzungen. Wir müssen Frischluftschneisen erhalten und dürfen – wegen ihrer Klimafunktionen – keine Bannwälder mehr roden. Wir brauchen viel mehr Anreize zum flächensparenden Bauen und zum Bauen ohne Versiegelung, zum Beispiel durch Aufstockung, durch Nutzung bereits versiegelter Flächen, durch Stelzenhäuser usw. Wir brauchen eine umfassende Hitzeaktionsplanung und eine hitzeresiliente Stadtentwicklung.

Ja, das ist viel; aber es gehört alles zusammen. Das alles müssen wir jetzt umsetzen – ja, jetzt; sonst ist es wieder einmal zu spät.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich kenne Kommunen, die noch nicht einmal eine Ahnung davon haben, wie eine Starkregen-Risikokarte aussehen soll. Wie sollen die denn jemals in die Umsetzung der genannten Maßnahmen kommen?

Wenn wir jetzt Geld in die Maßnahmen investieren, sparen wir hinterher das Vielfache an Reparaturzahlungen, von den gesundheitlichen Folgen und Kosten ganz zu schweigen.

Sie werden jetzt gleich sagen, es gebe von Ihnen doch schon so viele Papiere und Programme. Das mag sein. Aber es reicht nicht aus, dass Sie sie schreiben; Sie müssen sie auch umsetzen. Das tun Sie gerade nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir fordern Sie hiermit eindringlich auf, endlich anzufangen, das alles umzusetzen und die Kommunen und Landkreise dabei umfassend zu beraten und zu unterstützen – für unsere Zukunft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Wir haben eine Zwischenbemerkung. Herr Prof. Hahn, bitte.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Herr Kollege Hierneis, meine Damen und Herren! Ist es so, dass die GRÜNEN gern Anträge bei der AfD abkupfern?

(Lachen bei den GRÜNEN)

Wenn die AfD aber zuerst mit einem Thema kommt

(Zuruf von den GRÜNEN)

– warten Sie ab, was ich zu sagen habe –, dann verweigern Sie sich, wahrscheinlich aus ideologischen Gründen. Ich zitiere einmal den Titel eines schönen Antrags, den die AfD in der vergangenen Woche eingebracht hat: "Echte Entscheidungsgrundlagen statt Klimadogmatismus: Für eine pragmatische Extremwettervorsorge in Bayern". Das war ein Umweltantrag, der dann im Bereich Inneres gelandet ist.

Ein zweiter Antrag, den ich hier zitieren kann, wurde zum Bereich Landwirtschaft gestellt, und zwar von den Herren Stadler, Klingen, Hahn & Co.: "Landwirte vor Extremwetterereignissen schützen – Wasserrückhaltmaßnahmen in Bayern fördern".

Alles hat die grüne Fraktion samt und sonders abgelehnt, und jetzt kommen Sie hier mit den gleichen Inhalten um die Ecke. Ist das nicht paradox?

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Hierneis, bitte.

Christian Hierneis (GRÜNE): Unser Antrag ist vom 20. Juli, also deutlich älter als der Ihre. Ihr Antrag ist, wenn, dann von unserem abgekupfert und nicht umgekehrt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner rufe ich Herrn Martin Wagle von der CSU-Fraktion auf.

Martin Wagle (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unabhängig davon, wer die Idee zu dem Antrag gehabt hat, kann ich nur sagen: Er wurde bereits federführend im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz sowie mitberatend im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen abgelehnt, und das aus gutem Grund. Ich muss es leider so deutlich ausdrücken: Diesen Antrag braucht es nicht, weil er nichts anspricht, was es nicht schon gibt. Lassen Sie mich das am Beispiel der ersten Forderung erläutern.

Sie fordern die Staatsregierung wieder einmal auf, neue Programme aufzulegen und bestehende Programme zu stärken. Wofür? – Um die bayerischen Kommunen besser vor Hochwasser- und Sturzflutereignissen zu schützen und gleichzeitig gegen Hitze- wellen und Trockenzeiten zu wappnen. Dafür fordern Sie attraktivere Fördergelder und gleichzeitig eine intensivere Beratung für die Kommunen.

Genau das, liebe Kolleginnen und Kollegen, setzt die Staatsregierung schon seit Jahren um. Es gibt bereits eine Vielzahl an Programmen und Beratungsmöglichkeiten zu den aufgerufenen Themen. Die Staatsregierung hat sich um diese Probleme übrigens schon gekümmert, bevor sie im Zuge der Klimadiskussion wieder verstärkt auf die Tagesordnung gekommen sind. Ich kann Ihnen auch gleich ein paar Beispiele dafür nennen.

Schauen wir uns einmal den ökologischen Hochwasserschutz an. Nach den Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben werden Maßnahmen zur Verbesserung des natürlichen Rückhalts in der Fläche, also ökologische Hochwasserschutzmaßnahmen, bereits gefördert. Der Zuwendungssatz ist mit bis zu 90 % sogar deutlich höher als für den technischen Hochwasserschutz. Hinzu kommt, dass auch der Grunderwerb förderfähig ist. – Jetzt gibt es schon 90 %. Wie viel möchten Sie denn noch darauf haben?

Ein weiteres Thema, das mir persönlich sehr am Herzen liegt, ist das Sturzflutrisikomanagement. Ich selbst habe es in meinem Landkreis Rottal-Inn erlebt – Simbach haben Sie angesprochen –, was unkontrollierte Wassermassen bei Starkregen anrichten können. Das Thema wurde übrigens hier an gleicher Stelle erst vor wenigen Wochen diskutiert. Daher wissen Sie auch, dass wir das Sonderprogramm zur Förderung von kommunalen Konzepten in diesem Jahr in eine Regelförderung überführt haben. Der Herr Umweltminister ist anwesend. Er hatte dies erläutert.

Die Kommunen, die die Situation und die Gefahren vor Ort am besten kennen, können also die Konzepte für das Sturzflutrisikomanagement von Planungsbüros erstellen lassen, um daraus entsprechende Maßnahmen abzuleiten. Der Zuwendungssatz beträgt immerhin 75 %. Diese Karten zu erstellen, ist kein Hexenwerk. Sie schauen so aus, dass blaue Flächen eingezeichnet sind, wo sich das Wasser sammelt, das nicht über Bäche gekommen ist. Damit muss man dann einfach die Schwachstellen beheben. Auch in diesem Punkt kommt der Antrag der GRÜNEN also zu spät, liebe Kolleginnen und Kollegen; denn die Staatsregierung hat bereits geliefert.

Ganz unabhängig davon werden derzeit ein Leitfaden und eine bayernweite Karte mit Hinweisen zu Oberflächenabflüssen und Sturzfluten erarbeitet. Diese Karten beinhalten auch eine Auswertung der Topografie. Sobald diese Karten den Praxis-Check bestanden haben, werden sie in Form von Gefahrenhinweiskarten veröffentlicht. Somit stellen sie einen weiteren Baustein der Vorsorge gegen Starkregenereignisse dar.

Als weiteren Punkt haben Sie in Ihrem vorliegenden Antrags das Grundwassermanagement aufgerufen. Dessen grundsätzliches Ziel besteht darin, dem Grundwasser wieder möglichst viel Regenwasser zuzuführen. Warum? – Um dem Trend fallender Grundwasserstände entgegenzuwirken und gleichzeitig die Rückhaltefunktion des Bodens zu aktivieren. Das ist in der Tat wichtig und kann ganz einfach mit den Instrumenten der Bauleitplanung verwirklicht und umgesetzt werden. Einfacher, so denke ich, geht es nicht.

Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, in Ihrem Strauß umfangreicher Forderungen befindet sich auch die Etablierung einer umfassenden grünen und blauen Infrastruktur in den Kommunen. Aufgeführt sind Entsiegelungsmaßnahmen, der Schutz, die Erweiterung und die Anlage von Versickerungsflächen und das Schwammstadtprinzip, das hier Jubel geerntet hat. Falls Sie es nicht wissen, dann sage ich es Ihnen jetzt: Zu all diesen Themen bestehen bereits Programme und Beratungsmöglichkeiten, die selbstverständlich fortlaufend aktualisiert, intensiviert und bei Bedarf auch erweitert werden. Die Beratungsstelle Energieeffizienz und Nachhaltigkeit – BEN – bei der Bayerischen Architektenkammer wird vom Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr und vom Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz gefördert. Hier gibt es Beratung für Planer, Kommunen und Bauherren. Übrigens können Sie das auf der Homepage der Kammer sehr gut nachvollziehen.

Finanzielle Möglichkeiten sind vorhanden durch Förderprogramme wie die Städtebauförderung, die Dorferneuerung und die RZWas für die Gewässerrenaturierung.

Im Bereich des Umweltministeriums steht mit den Naturpark- und Landschaftspflege Richtlinien ein umfassendes und auch sehr flexibles Förderprogramm für Maßnahmen, die dem Naturschutz und dem Erhalt der Biodiversität dienen, zur Verfügung. Antragsberechtigt sind hierbei übrigens auch die Kommunen.

Im Bereich des Landwirtschaftsministeriums werden zudem Förderungen über das Amt für Ländliche Entwicklung angeboten. Stichworte hierbei sind "Dorferneuerung",

"Innen statt Außen", "Flurneuordnung", "boden:ständig" und vieles mehr – Maßnahmen, die bei der Anpassung an den Klimawandel, beim Flächensparen und bei der Flächenentsiegelung ebenso wie bei der Bereitstellung von grüner und blauer Infrastruktur, die Sie angesprochen haben, eine große Rolle spielen.

Im Bereich der Städtebauförderung gibt es Initiativen für eine klimaschonende Innenentwicklung und für die Flächenentsiegelung. Dazu gehören auch die Nutzung bestehender Bausubstanz, die Sanierung leer stehender Gebäude und die Nutzung von Brachflächen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, dies war nur ein kurzer Streifzug durch die Fördermöglichkeiten für die von Ihnen aufgerufenen Themen. Das war nicht abschließend, aber zeigt das starke Engagement des Freistaats. Dabei werden übrigens auch die Bedürfnisse von Stadt und Land berücksichtigt.

Am meisten stört mich an Ihrem Antrag – das steht in der Begründung –, wie Sie über das Verhältnis des Freistaats zu den Kommunen denken: Letztgenannte würden in bester Absicht bebauen und versiegeln sowie grundsätzlich den Klimawandel in ihren Planungen nicht berücksichtigen, schreiben Sie. Zugrunde liegt offenbar die Vorstellung, die Kommunen würden ohne Plan und Ziel wild drauflosbauen. So über das Verhältnis von Freistaat und Kommunen zu denken, finde ich allerhand. Und dann noch Ihre Begründung obendrauf: weil es an finanzieller Förderung und Beratung fehle. – Das ist doch absurd! Beides habe ich an dieser Stelle ausführlich widerlegt. Außerdem wissen die Kommunen ganz genau, wohin sie sich bei Förderanträgen wenden müssen. Das ist doch deren kleines Einmaleins, das Tagesgeschäft sozusagen. Darüber hinaus sollten sich ohnehin alle Kommunen entsprechender Planungsbüros bedienen, um ein vernünftiges Gemeinde- oder Stadtentwicklungskonzept zu erstellen. Das braucht es einfach, um die Förderanträge zu stellen und um auch mit einer gewissen Nachhaltigkeit vorzugehen. Nachhaltigkeit fordern Sie doch auch immer.

Das Integrierte städtebauliche Entwicklungskonzept, ISEK, ist hier ein Stichwort. Das ist auf der Webseite des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr eindrücklich dargestellt. Das können Sie sich dort anschauen. Die Kommunen wissen sowieso, was alles im Angebot ist, und kennen auch die Fördermöglichkeiten.

Aus meiner Sicht ist damit alles gesagt. Wir lehnen Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Herr Abgeordneter. – Nächster Redner ist Herr Prof. Hahn von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr Vizepräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es freut uns sehr, dass nun auch Sie GRÜNE endlich erkannt haben, dass Klimaanpassung wichtig ist; denn bislang hatten Sie sich beinahe ausschließlich dem populistischen Weg der CO₂-Vermeidung verschrieben. Zudem sprechen Sie hier von "Hitzewellen" und "Trockenzeiten". Im ersten Satz des Antrags kommt also schon der erste dicke fachliche Schnitzer. Ein Blick ins Geolexikon hätte auch Sie aufgeklärt, liebe GRÜNE. Ich zitiere daraus: Die Trockenheit ist die regelmäßig wiederkehrende, niederschlagsarme oder niederschlagsfreie Zeit im Jahreslauf der wechselfeucht-tropischen und subtropischen Gebiete. – Ist es das, was Sie in Ihrem Antrag behandeln wollen? – Wohl kaum. Aber ich habe von der Fachkenntnis der GRÜNEN betreffend Umweltsachverhalte auch nicht viel mehr erwartet. Das könnte allenfalls noch von der SPD-Fraktion getoppt werden, die uns letzte Woche in Person von Herrn von Brunn verriet, dass sie nicht einmal den Begriff der Art richtig kennt und Hundeformen sämtlich als eigene Hundarten einstuft.

Auch haben die GRÜNEN noch immer nicht gelernt, was es mit dem Wort "Subsidiarität" auf sich hat; denn Ihr vorliegender Antrag folgt wieder der Idee, etwas von oben zu verordnen, wo doch regional etwas von unten getan werden soll. Wenigstens arbeiten

Sie neuerdings mit Förderanreizen. Das ist ja schon mal was, unterstreicht aber nichtsdestoweniger, was Sie von der Kompetenz der unteren Verantwortungsebenen halten. Wörtlich schreiben Sie hier:

Viele Kommunen agieren in bester Absicht wie bisher, bebauen und versiegeln oftmals grundsätzlich freizuhaltende Flächen und haben die Klimaanpassung noch nicht grundsätzlich in ihre Planungen eingebettet [...]."

Auf Neudeutsch: Sie sind aus Ihrer Sicht zu blöd, um es allein auf die Reihe zu bekommen. Wie würde man so was sonst deuten?

Aber ich möchte Ihnen da entschieden widersprechen. Viele Kommunen kennen die regionalen Gegebenheiten weit besser als Ihre hier geforderten Berater, die natürlich wieder alle alimentiert werden. Die Stadt- und Gemeindeentwicklung muss sich eben nicht grundlegend ändern, nur weil sie nicht in Ihr politisches Weltbild passt, meine Damen und Herren. Gehen Sie einmal einen Schritt vor die Tür, und Sie werden bemerken, dass Sie vielleicht etwas von den Kommunen lernen können. Ich habe das eben schon in der Zwischenbemerkung gesagt. Sie würden feststellen, dass zum Beispiel topografische Untersuchungen sehr wohl von Kommunen geleistet werden können. Auch sollten Sie einsehen, dass Biotopvernetzung sowie der Erhalt der bayerischen Landwirtschaft nicht primär kommunale Aufgaben sind. Nein, sie sind es nicht; denn auch die Kommunen können nicht diese Unsummen aufbringen, die es bräuchte, um wiedergutzumachen, was Sie von oben an Schaden anrichten. Sie wollen Flächen entsiegeln und Frischluftschneisen, mit anderen Worten kommunale Bauverbote, wie das im Umland von Berlin vielleicht der Fall ist. Dagegen würde ich mich als Kommune auch wehren, meine Damen und Herren.

Also, sehr verehrte Damen und Herren von den GRÜNEN, wir stellen fest: Der Fisch stinkt vom Kopf her. Da braucht man nicht die Kommunen anzuweisen, was sie tun sollen. Vielmehr sollten Sie sich selbst hinterfragen, in sich gehen und über Ihre eige-

nen Vorstellungen sinnieren. Selbstreflexion ist ein erster Schritt zur Besserung. Ich wünsche Ihnen auf diesem Weg der Selbstläuterung alles Gute.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke. Sie sind fertig. Keine Zwischenbemerkung. – Als nächsten Redner rufe ich Herrn Benno Zierer, FREIE-WÄHLER-Fraktion, auf.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn es gelingt, den globalen Temperaturanstieg auf unter zwei Grad zu begrenzen, werden wir uns anpassen müssen, anpassen an die Veränderungen durch den Klimawandel, die bereits jetzt unausweichlich sind. Das betrifft nicht nur ein paar Südseeinseln oder Küstengebiete. Starkregen und Überschwemmungen auf der einen Seite, Trockenheit und Hitzetage auf der anderen Seite – das trifft auch Bayern. Das haben wir an dieser Stelle immer wieder gehört, und wir erleben es selber.

Deshalb ist richtig: Unsere Dörfer und Städte müssen besser angepasst werden. Wie wichtig ein größtmöglicher Schutz vor Überflutungen und Starkregen ist, zeigt sich immer wieder, auch in kleinen Orten an kleinen Bächen. Die Städte müssen grüner werden. Sie arbeiten bereits daran: mehr Bäume, mehr Pflanzen, mehr begrünte Fassaden, mehr Versickerungsflächen, mehr Räume für Wasser. Es wird eine schwere Aufgabe, die man aber zügig anpacken muss. Die Kommunen sind sich ihrer Verantwortung durchaus bewusst.

Die Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN zählen dafür eine ganze Reihe von Maßnahmen auf und fordern neue Förderprogramme und Beratung für Kommunen. Damit wollen sie den Eindruck erwecken, es gäbe zu all dem in Bayern noch nichts. Das Gegenteil ist jedoch der Fall. Es gibt eine große Zahl an Förderprogrammen und Beratungsangeboten für Städte und Gemeinden. Es schadet nicht, wenn man es wiederholt. Kollege Wagle hat das super aufgezählt. Man kann seinen Ausführungen nur zustimmen und sagen: Genau so ist es.

Wenn Kommunen Maßnahmen zum natürlichen Wasserrückhalt in der Fläche umsetzen, bekommen sie dafür 90 % Förderung. Sturzflutrisikomanagement: 75 %. Flächenentsiegelung kann über Städtebauförderung und Dorferneuerung gefördert werden. Ländliche Gemeinden werden auch über die Integrierte Ländliche Entwicklung oder die Initiative "boden:ständig" unterstützt. Auch dabei ist die Anpassung an den Klimawandel ein Schwerpunkt und beinhaltet jede Diskussion in sich. Das umspannt auch ein umfassendes Beratungsangebot.

Die Klimaarchitektur ist ein großer Teil des 10-Punkte-Plans der Klimaschutzoffensive. Die Initiative "Stadt.Klima.Natur" hat in erster Linie die Aufgabe, die Kommunen dabei zu unterstützen, die blaue und grüne Infrastruktur auszubauen.

Zu guter Letzt gibt es ein weiteres Maßnahmenpaket im Rahmen der Klimaoffensive. Da ist ganz klar als Ziel formuliert, die Kommunen bei ihren Bemühungen zur Klimaanpassung zu unterstützen. Dabei sollen Klimaanpassungsmanager helfen. Auch die werden vom Freistaat mitfinanziert.

Das Fazit lautet: Wir sind in Bayern auf einem guten Weg, unsere Kommunen klimafest zu machen, mit vielfältigen Förder- und Beratungsangeboten und mit viel Unterstützung aus den Ministerien. Deshalb ist der vorliegende Antrag überflüssig wie ein Kropf. Wir bleiben bei der Ablehnung.

Vielleicht als Anmerkung: Es würde viel schneller gehen – das ist ein Hinweis auch an die Ministerien –, wenn die Bürokratie den Kommunen mehr zuarbeiten würde und wenn man nicht für ein kleines Projekt bis zu 30 Gutachten bräuchte. Dann wären wir ein großes Stück weiter. Hier ist sicherlich noch Nachholbedarf. Auch hier werden wir genau draufschauen müssen und uns durchaus der Kritik durch die Kommunen stellen müssen, warum es nicht schneller geht. Genau das soll in der Zukunft der Ansatz bei der Arbeit sein. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Herr Zierer. – Nächster Redner ist der Abgeordnete von Brunn, SPD-Fraktion.

Florian von Brunn (SPD): Verehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die Fraktion der GRÜNEN greift mit ihrem Antrag ein Thema auf, das wir schon im Dezember 2020 in den Landtag eingebracht haben. Es ist aber sicher gut, wenn man das nach den schlimmen Hochwasser- und Sturzflutereignissen dieses Sommers noch einmal auf die Tagesordnung setzt. Wir alle haben noch die dramatischen Bilder der Flutkatastrophe im Kopf. Das Wichtigste ist für mich die Warnung der Menschen vor solchen Ereignissen; man muss das auch im Ganzen betrachten. Ich würde mich freuen, wenn die Staatsregierung heute noch darlegte, wie weit wir seither bei der Verbesserung der Warninfrastruktur in Bayern gekommen sind. Wir brauchen zum Beispiel einfach funktionierende Sirenen.

(Beifall bei der SPD)

Zu den wichtigen Dingen und zum Schutz der Menschen gehören auch die Starkregenkarten; Kollege Wagle von der CSU hat dazu gerade etwas gesagt. – Herr Umweltminister, ich kann mich daran erinnern, dass Ihnen die Daten von der TU schon seit dem Winter, seit Januar oder Februar dieses Jahres vorliegen. Die berechtigte Frage ist, wann die Gefahrenhinweis- und Starkregenkarten kommen. Sie wollten ein Modellprojekt mit den Kommunen starten. Es wäre für den Bayerischen Landtag und den Umweltausschuss wichtig, dass Sie über den weiteren Fortgang unterrichteten, weil die Kommunen diese Informationen ganz dringend brauchen. Ich bin erst vor Kurzem von Kommunalpolitikerinnen und -politikern darauf angesprochen worden.

Neben den Sturzfluten geht es natürlich auch um die Gefahr durch Hochwasser. Gerade wenn ich Herrn Hierneis höre, finde ich, dass die GRÜNEN und auch die FREIEN WÄHLER erst einmal ihren Standpunkt klären müssen, gerade mit Blick auf die Donau und die hochwassergefährdeten Städte und Gemeinden entlang dieses Flusses. Wie gehen wir mit Flutpoldern um? – Wir sagen: So viel natürlicher Hochwasser-

schutz wie nötig, so viel natürliche und renaturierte Retentionsräume wie möglich. Aber die wissenschaftliche Studie des Bundes und auch des Freistaats Bayern zeigt, dass wir die Flutpolder brauchen, um extreme Hochwasserwellen zu kappen; wir brauchen sie gerade an der Donau zum Schutz von Menschenleben und Sachwerten.

(Beifall bei der SPD)

Nachdem die FREIEN WÄHLER Planung und Bau dieser Polder in verantwortungsloser Art und Weise um Jahre verzögert haben, verlangen wir jetzt im Interesse der Menschen und der zu schützenden Güter dort eine schnelle Umsetzung. Wer Schutz vor Hochwasser und Sturzfluten will, muss im Übrigen auch ein klares Bekenntnis für eine starke Wasserwirtschaft in Bayern abgeben. Sie braucht sinnvolle und bewährte Standorte und ausreichend Personal. Was im Moment passiert, wird unserer Ansicht nach weder den Problemen noch den Beschäftigten der Wasserwirtschaft gerecht. Wir akzeptieren nicht, dass seit vielen Jahren am Personal der Wasserwirtschaft gespart wird und nur befristete Projektstellen geschaffen werden. Wir sagen ganz klar Ja zu einem starken öffentlichen Dienst und einer schlagkräftigen Wasserwirtschaft in Bayern mit genügend Personal. Sie leisten tolle Arbeit, aber sie sind von Ihnen in den letzten Jahren kaputtgespart und ausgedünnt worden. Wer das tut, spart auf Kosten der Sicherheit.

(Beifall bei der SPD)

Aber natürlich zeigen sich die schlimmen Auswirkungen der Klimaerhitzung auch in den Städten sehr deutlich; das haben wir auch in unserem Antrag vom Dezember 2020 deutlich gemacht. Das veränderte Stadtklima gefährdet die menschliche Gesundheit, die Luftqualität und die städtische Flora. Deswegen ist es wichtig, alle und gerade finanzschwache Kommunen besser in die Lage zu versetzen, aktiv Klimaschutz und Klimaanpassungsmaßnahmen voranzutreiben. Die Prävention von Starkregenereignissen ist eine gesamtbayerische Aufgabe. Alle Kommunen, alle Städte und Gemeinden – egal, ob arm oder reich – müssen sich darauf vorbereiten können.

(Beifall bei der SPD)

– Herr Staatsminister, nach den Sturzflutereignissen hatten wir hier im Plenum schon die Debatte über das bayerische Sonderförderprogramm für die Kommunen, das ein Flop war, weil die hohe Eigenbeteiligung die Kommunen damals abgeschreckt hat.

(Unruhe)

Nur hundert Gemeinden hatten einen Förderantrag gestellt. Eine Frage an Sie, weil mich die Darstellung von Herrn Wagle nicht aufgeklärt hat: Wofür gibt es die Förderung genau? Wie hoch ist sie, und wie viele Kommunen nehmen sie in Anspruch?

Zum Schluss: Wir brauchen natürlich auch hitzeresistente Bauarten, grüne Oasen, die Entsiegelung von Flächen und innerörtliche Wasserflächen. Der positive Nebeneffekt solcher Maßnahmen ist auch, dass unsere Städte und Gemeinden lebenswerter und schöner werden. Wir stimmen dem Antrag der GRÜNEN zu. An die Staatsregierung geht noch einmal der Wunsch nach ernsthafter Prävention und Unterstützung der Kommunen anstelle von Lippenbekenntnissen.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Prof. Hahn.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Kollege von Brunn, Sie werden hier den GRÜNEN auch wieder hinterherlaufen und dem Antrag zustimmen; das habe ich nicht anders erwartet. Trotzdem eine Frage: Gerade hat es eine neue Studie vom Ifo-Institut gegeben – ich weiß nicht, ob Sie diese schon kennen. Sie sagt ganz klar, dass wir eine Klimaanpassung, aber nicht als CO₂-Emissionsvermeidungsstrategie brauchen, und zwar nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen, sondern weil das lokal gar nicht für die ganze Welt zu leisten ist. Sie laufen aber hinter dieser CO₂-Vermeidungsstrategie her. Sie wollen das auch mit zusätzlichen von Ihnen auf CO₂ erhobenen Steuern errei-

chen, wahrscheinlich auch in Richtung des Bundes, damit man die Bürger noch mehr abkassieren kann und die Spritpreise noch mehr steigen.

Meine Frage: Wann verstehen Sie, dass man sich an einen Klimawandel besser anpasst, als die ganze Wirtschaft über CO₂-Steuern kaputt zu machen?

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte, Herr von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Sie fallen heute schon durch recht wirre Redebeiträge auf. Ich möchte Ihnen, Herr Hahn, und Ihrer Fraktion einmal eines sagen: Wer die Klimaerhitzung leugnet, wer gegen das Impfen ist und wer öffentlich zum Bürgerkrieg und zu Umstürzen aufruft,

(Unruhe)

mit dem brauchen wir gar nicht zu reden. In diesen Chats ist Nazidenken offenbar geworden. Das sage ich Ihnen ganz klar. Klären Sie das erst einmal mit Ihrer Fraktion.

(Beifall)

Bevor das nicht passiert, habe ich auch keine Lust, Ihre Fragen an dieser Stelle zu beantworten.

(Zuruf – Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner ist der Abgeordnete Christoph Skutella von der FDP-Fraktion.

Christoph Skutella (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema ist aktuell und wird uns wohl auch noch eine Zeit lang begleiten, weil – das muss ich an dieser Stelle gleich sagen – trotz der vielen vom Kollegen Wagle auch und zu Recht angesprochen Maßnahmen davon recht wenig auf die Straße kommt. Die Kommunen können davon relativ wenig umsetzen. Einen Grund dafür hat

Kollege Zierer angesprochen; das betrifft die Bürokratie, Bearbeitungszeiträume und Anforderungen, die von den Kommunen teilweise schwer erfüllt werden können.

Wir haben die Bilder noch vor Augen; das haben schon alle Kollegen angesprochen. Leider musste der eine oder andere schon selbst Hochwasserereignisse oder Überschwemmungen erleben. Aber wir werden uns zukünftig eben auch mit Hitzewellen auseinandersetzen müssen. Für Maßnahmen im Bereich der Klimaanpassung muss sich auch der Freistaat verantwortlich zeigen und die Kommunen unterstützen. Deswegen werden wir uns auch den Forderungen der GRÜNEN anschließen und dem Antrag zustimmen, weil der Fokus auf dem Ausbau klimaresistenter Infrastrukturen in unseren Kommunen liegt.

Zum Beispiel ist das häufig zitierte Schwammstadtkonzept anzuführen; hierzu hat jede Fraktion eigentlich schon einen Wortbeitrag geleistet. Von diesem Konzept hört man auch viel. Es ist auch sinnvoll. Der Herr Staatsminister hat es auch schon oft thematisiert. Es darf nicht sein, dass Wasser ungehindert abfließen kann, sondern es muss gespeichert werden und dann sukzessive in Boden und Kanalisation versickern. Das ist das Prinzip.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Es gilt, das auch in den Kommunen zu fördern und umzusetzen.

Die weiteren Punkte betreffen die Hitzewellen. Hier geht es um den Schutz vulnerabler Gruppen und den Schutz von Kindern, Senioren und Pflegebedürftigen; das steht hier an erster Stelle. Auch dafür und für die Erstellung von Hitzeaktionsplänen sind gezielte Förderprogramme notwendig. Auch für den Hochwasserschutz und neben dem Flutpolderkonzept gilt es, den ökologischen Hochwasserschutz auszubauen. Wasser muss in der Fläche gehalten werden, damit es in Nebenflüssen nicht zu Katastrophen kommen kann. Daher werden wir dem Antrag der GRÜNEN zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Skutella. – Wir haben keine weiteren Wortmeldungen und kommen jetzt zur namentlichen Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Aus gegebenem Anlass bitte ich Sie, zu überprüfen, ob auf Ihrem Display bei der Stimmabgabe das Wort "OK" erscheint. Sollte dies nicht der Fall sein, kommen Sie bitte nach vorne. Wir werden Sie dann unterstützen.

Für die Abstimmung stehen drei Minuten zur Verfügung. Ich eröffne die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 20:50 bis 20:53 Uhr)

Haben alle Abgeordneten ihre Stimme abgegeben? – Dann schließe ich die Abstimmung. Das Ergebnis werde ich später bekannt geben.

(...)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich gebe nun das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Tagesordnungspunkt 4 bekannt. Das war der Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Kommunen hochwassersicherer und hitzeresilienter machen – blaue und grüne Infrastruktur fördern, Klimaanpassung unterstützen" auf Drucksache 18/17440. Mit Ja haben 46 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 101 Abgeordnete, Stimmenthaltungen: null. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 01.12.2021 zu Tagesordnungspunkt 4: Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Kommunen hochwassersicherer und hitzeresilienter machen - blaue und grüne Infrastruktur fördern, Klimaanpassung unterstützen (Drucksache 18/17440)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adje Benjamin	X		
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Aures Inge			
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bayerbach Markus		X	
Becher Johannes	X		
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus			
Böhm Martin			
Bozoglu Cemal	X		
Brandl Alfons		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Dr. Büchler Markus	X		
Busch Michael			
Celina Kerstin			
Dr. Cyron Anne			
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert			
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eck Gerhard			
Eibl Manfred		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Faltermeier Hubert		X	
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias	X		
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian			
Franke Anne	X		
Freller Karl			
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert			
Gehring Thomas			
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva		X	
Graupner Richard		X	
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann		X	
Hagen Martin			
Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim			
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina			
Hayn Elmar	X		
Henkel Uli		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold		X	
Dr. Heubisch Wolfgang	X		
Hierneis Christian	X		
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes			
Högl Petra		X	
Hofmann Michael			
Hold Alexander			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul			
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian	X		
Kohler Jochen			
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan		X	
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut	X		
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep	X		
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzinger Stephan		X	
Osgyan Verena			
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin			
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna	X		
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph	X		
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Dr. Spitzer Dominik	X		
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf			
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina			
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winhart Andreas		X	
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	46	101	0